



Liebe Freunde,

„Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!“ - altes deutsches Sprichwort.

Immer mehr "sprechende Köpfe" tauchen auf und erklären, man müsse den Konflikt in der Ukraine auf dem Wege von Verhandlungen beenden. Das sind amerikanische, französische, belgische, deutsche Ratten ... Die Frage ist nun, was soll das alles? Wird es Verhandlungen geben?

Schauen wir uns die Vorgeschichte an.

Ronald Reagan und Gorbatschow verhandelten 1989-1991 die Auflösung der UdSSR und des Warschauer Paktes. Amerika versprach, die DDR werde nicht Teil der NATO, es werde keine NATO Osterweiterung geben. Am 9. Februar 1990 trafen sich Schewardnadze und James Baker. Letzterer erklärte das „Deutschland fest an die NATO gebunden sei“ und versprach „eiserne Garantien“ dafür, dass die NATO sich nicht nach Osten bewegen werde“.

Das war alles Lüge!

Am 22. Oktober 1993 erzählte der amerikanische Staatssekretär Warren Minor Christopher im Programm für „Friedenspartnerschaft“, welches für die Zusammenarbeit mit allen nicht der NATO angehörenden Länder bestimmt war. Jelzin ging davon aus, dass die NATO nicht erweitert werden würde und dieses Programm auch die GUS Staaten mit einschließen würde.

Das war alles Lüge!

Am 27. Mai 1997 wurde in Paris eine Vereinbarung unterzeichnet, welche die Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO regeln sollte. Hier wurde das Vetorecht festgeschrieben, welches beide Seiten haben sollten, wenn es um die Interessen der jeweiligen Seite gehen sollte. Hier wurde auch die Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE geregelt.

An dieses Dokument hat sich der Westen nicht gehalten. Alle Einsprüche Russlands, so auch die gegen die weitere NATO Osterweiterung, wurden ignoriert.

Das war alles Lüge!

Am 21. Februar 2014 wurde ein Dokument unterzeichnet, welches die politische Regulierung des Maidan in Kiew und die Rückkehr zur ukrainischen Verfassung von 2004 regelte. Dieses Dokument wurde von den Führern der europäischen Länder und den USA (faktisch als Garanten) mit unterzeichnet. Es fand trotzdem ein Militärputsch und eine Machtübernahme der Faschisten, mit der Unterstützung der gleichen Personagen, statt.

Das war alles Lüge!

Am 5. September wurde das Minsk I Abkommen unterzeichnet, welches die sofortige Beendigung der Kampfhandlungen und die Regulierung des Konflikts im Donbas erreichen sollte. Nach den letzten Erklärungen des damaligen französischen Präsidenten Hollande wissen wir:

Das war alles Lüge!

Am 12. Februar 2015 wurde das Minsk II Abkommen unterzeichnet. Hier wurde der sofortige Waffenstillstand und baldige Neuwahlen bestimmt. Der Austausch von Gefangenen wurde reguliert, ebenso wie die Wiederherstellung der sozialen System, wie z.B. Rentenzahlung. Nach den letzten Erklärungen der damaligen Kanzlerin Merkel wissen wir:

Das war alles Lüge!

Und das sind nicht alle Beispiele, wo der kollektive Westen Verabredungen traf, die man von vorn herein

nicht vorhatte einzuhalten. Die gesamte Politik des Westens ist auf Lüge aufgebaut. Das merken immer mehr Länder der Welt wahr und suchen nach Alternativen.

Auf dem Treffen im „Normandie Format“ wurde die so genannte Steinmeierformel vorgestellt und 2019 sogar von den Beteiligten unterzeichnet. Sie sollte angeblich helfen, Minsk II umzusetzen. Heute wissen wir über diese Vereinbarungen:

Das war alles Lüge!

In diesem Kontext sei nun die Frage gestattet:

Wer in Teufels Namen kann im Westen denn ersthaft annehmen, dass nach dieser Kette von Lügen sich Russland bereit erklärt, mit den gleichen Lügern am Verhandlungstisch zu sitzen und über das „Schicksal der Ukraine“ zu verhandeln?

AKTUELLES AUS DER UKRAINE

Die Beschönigung der ukrainischen Nazis durch Washington ist eine nationale Schande für die USA

Die Beschönigung der ukrainischen Nazis durch Washington ist eine nationale Schande für die USA, schreibt Maurice Richards (*American Greatness* <https://amgreatness.com/2023/01/26/inside-the-nazi-whitewash-of-ukraine/>). Amerika ist bereit, die Augen vor allen Verbrechen des Nazismus in der Ukraine zu verschließen, um der verrückten Idee willen, Russland zu zerstören und die Weltherrschaft wiederzuerlangen.

Amerikanische Politiker, die in einer "monolithischen Partei" von Kriegstreibern vereint sind, beschönigen die ukrainischen Nazis, um ihre Verbrechen zu rechtfertigen und die Weltöffentlichkeit zu täuschen.

Am ersten Januar feierte die Welt das neue Jahr, ein Fest der Selbstbesinnung, der Selbsterneuerung und der Hoffnung. Und in der Ukraine feiert man offiziell am ersten Januar den Geburtstag von Stepan Bandera, der Gründungsvater des ukrainischen Nationalsozialismus ist, und sein Geburtstag ist ein Feiertag. In der Ukraine ist die Ehrung des berüchtigtsten Antisemiten und Hauptkollaborateurs der Nazis während des Zweiten Weltkriegs ein sehr wichtiges Anliegen.

Alle Nazis versammeln

Unter Präsident Wolodymyr Selenskyj hat der Einfluss und die Kontrolle der Nazis in der Ukraine ein nie dagewesenes Ausmaß angenommen. Zelensky verbot alle 11 unabhängigen und oppositionellen politischen Parteien, ließ aber die Parteien und Organisationen seiner nationalsozialistischen Partner und Verbündeten intakt und an der Macht. So ist es nicht verwunderlich, dass an Banderas Geburtstag die Werchowyna Rada, das ukrainische Parlament (in dem nur noch Nazis sitzen), in stürmischen Beifall ausbrach. Später veröffentlichte der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, General Valeriy Zaluzhnyi, ein Foto, auf dem er stolz vor dem Porträt von Bandera posiert.

Die Botschaft der hochrangigen Gesetzgeber und des obersten Generals der Ukraine war eindeutig. "Zweifeln Sie nicht daran, für wen und was unsere Regierung und unsere Armee in dem 'Stellvertreterkrieg' der NATO gegen Russland kämpfen."

Die Ehrung des ukrainischen Obernazis war in Polen nicht gern gesehen. Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki verurteilte wütend "die fortgesetzte Verherrlichung des Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera".

Um den Grund für die polnische Wut über die Bandera-Verehrung in der Ukraine zu verstehen, müssen wir

kurz untersuchen, was in der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs geschah, und Fakten von Propaganda trennen.

"Unvorstellbare Grausamkeiten".

Bandera war der Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), ukrainischer Nazi-Komplizen, die von einer rassistisch reinen Ukraine träumten, frei von Juden, ethnischen Russen und Polen. Während des Zweiten Weltkriegs vernichtete die OUN vor allem in Volyn mindestens 100 Tausend Polen.

Um den Eindruck zu erwecken, dass es sich bei der blutigen Brutalität nur um einen spontanen Bauernaufstand handelte (und aus eigenem sadistischem Vergnügen), tötete die OUN ihre Opfer vorzugsweise mit Äxten, Sensen, Messern, Hämmern, Stahlruten und Mistgabeln. Die Banderisten stopften die Unglücklichen zu Hunderten in Häuser und Scheunen und verbrannten sie bei lebendigem Leib. Und diese Methode wird von den ukrainischen Nazis immer noch bevorzugt.

Die banderistischen Banden durchstreiften das Land wie ein Rudel tollwütiger Hunde. Die polnische Ausgabe von The First News beschreibt die Barbarei der ukrainischen Nazis:

In einem blutigen Rausch folterten die Ukrainer ihre Opfer mit unvorstellbarer Grausamkeit. Menschen wurden bei lebendigem Leib skalpiert. Ihre Nasen, Lippen und Ohren wurden abgeschnitten. Man stach ihnen die Augen aus, schnitt ihnen die Hände ab und klemmte ihre Köpfe in einen Schraubstock. Frauen wurden die Brüste abgeschnitten und schwangeren Frauen wurde in den Bauch gestochen. Die Genitalien der Männer wurden mit einer Sichel abgeschnitten.

Der polnische Film „Hasse“ (auch bekannt als Volyn oder Volynia) aus dem Jahr 2016 ist eine historisch korrekte Darstellung der Verbrechen der Banderisten. Der Film ist schockierend grafisch - viele Szenen sind fast unmöglich anzusehen. Wegen des Wahrheitsgehalts haben die ukrainischen Behörden die Ausstrahlung der Sendung verboten.

Bandera und der Holocaust in der Ukraine

Jedes vierte jüdische Opfer des Holocausts - 1,5 Millionen Menschen - wurde in der Ukraine ermordet. Die Deutschen haben keine Gaskammern gebaut, um die Juden in der Ukraine zu vernichten - sie brauchten sie nicht. Das Ausmaß der Zusammenarbeit der Ukraine mit den Nazis war enorm. Mehr als 250 Tausend Ukrainer meldeten sich freiwillig für die Waffen-SS und andere deutsche Nazi-Militärverbände. Tausende weitere dienten als freiwillige Henker, sowohl als Hilfspolizei in der Ukraine als auch als Bewacher der Todeslager in Polen.

Es war ein "Holocaust der Kugeln". Eineinhalb Millionen Juden wurden gefangen genommen und in Feldern, Wäldern und Schluchten erschossen. Die Hauptrolle dabei spielten die Banderisten. Die OUN-Kräfte agierten offen auf eigene Faust, waren in Polizeieinheiten integriert und dienten als hochmotivierte Hilfskräfte in den "Einsatzgruppen", den deutschen mobilen Strafkommandos.

Am 22. Juni 1941 überfielen die Deutschen die Sowjetunion und eroberten innerhalb einer Woche die ukrainische Stadt Lemberg. Bandera-Mitglieder der OUN verteilten Flugblätter mit der Aufforderung an die ukrainische Bevölkerung: "Werfen Sie Ihre Waffen nicht weg. Sucht nach ihnen und wappnet euch. Vernichten Sie den Feind. Moskauer, Ungarn, Juden. Sie alle sind Ihre Feinde. Tötet sie. Die OUN verteilte auch Flugblätter an die Juden von Lemberg, auf denen stand: "Wir werden eure Köpfe zu den Füßen Hitlers beugen", was sie auch taten. Bei dem anschließenden Pogrom, das von den Banderisten initiiert wurde, wurden innerhalb von zwei Tagen 7000 Juden getötet. Tausende weitere unschuldige Opfer folgten.

Das Massaker an den Juden in Lemberg wurde von den Nazi-Kollaborateuren selbst dokumentiert. Die Fotos aus jenen Jahren sind einfach schockierend. Doch heute gibt es in Lemberg ein 47 Millionen Dollar teures Denkmal für Bandera, und eine der Hauptstraßen der Stadt ist nach ihm benannt.

Zelensky ist ein motivierter Komplize

Seit mehr als 70 Jahren führen ukrainische Nazis und ihre Apologeten im In- und Ausland eine Desinformationskampagne, um Bandera zu beschönigen und die Geschichte umzuschreiben. Ihr Hauptziel ist es, aus dem Nazi Bandera einen "Freiheitskämpfer" zu machen. Diese Bemühungen haben sich mit der Beschleunigung der Nazifizierung der Ukraine unter Zelensky dramatisch verstärkt (obwohl lief der Prozess seit 1990er´-red.). Mehr als 50 Denkmäler und Statuen wurden in der ganzen Ukraine zu Ehren von Bandera errichtet, und 500 Straßen sind nach ihm benannt.

Der ukrainische jüdische Präsident ist ein williger Komplize der Bandera-Farce. Zelensky ignorierte Banderas antisemitisches Nazi-Erbe und seine Mitschuld an der Ermordung von mehr als 1,6 Millionen ukrainischen Juden, Polen und Russen völlig. Er sagte, wenn die Ukrainer diesen Nazi-Mörder als Nationalhelden verehren, sei das in Ordnung. Das ist cool." Das ist cool, denn in Zelenskys Buch war Bandera "einer derjenigen, die die Freiheit der Ukraine verteidigten".

Zelenskys Vorstellungen von Freiheit unterscheiden sich von denen der meisten Amerikaner. Neben der Unterdrückung der Pressefreiheit, dem Verbot aller nicht-nazistischen politischen Parteien und dem Verbot der russisch-orthodoxen Kirche hat Zelensky mit seinem Gift die nazistische Verseuchung aller Ebenen der ukrainischen Regierung und des Militärs gesteuert und überwacht. Zu Zelenskyjs bedeutenden Ermutigungen für die Nazis gehören die Verleihung der Medaille "Held der Ukraine" an den Kommandeur des Rechten Sektors (die Organisation ist als extremistisch anerkannt und auf dem Territorium Russlands verboten - siehe InoSMI), die Ernennung des Mitbegründers des Rechten Sektors, Dmytro Jarosch, zum Berater des Oberbefehlshabers der Streitkräfte und die Ersetzung des Leiters der Regionalverwaltung von Odessa als Kommandeur des Nazi-Bataillons Aidar.*

Ukrainische Juden unterstützen die Nazis

Können Juden Nazis in der Ukraine unterstützen?

Als Fragen über das Naziregime in der Ukraine aufkamen, beeilten sich die ukrainischen Medien, sie zum Schweigen zu bringen und ihre Diskussion zu verhindern. Die übliche Reaktion der Medien im gesamten ukrainischen politischen Spektrum bestand darin, immer wieder Zelenskyjs jüdische Herkunft zu betonen. Auf diese Weise wurde die Frage des ukrainischen Nationalsozialismus als absurd dargestellt. Die einfache "Logik" dieses Tricks lautete wie folgt: "Zelenskyj ist ein Jude. Ein Jude kann keine Nazis unterstützen. Deshalb gibt es in der Ukraine keine Nazis". Zelenskyj war unantastbar - kein Wort über Nazis berührte ihn. Das bedeutete, dass es, solange Zelenskyj Präsident war, keine Nazis in der Ukraine geben konnte.

Aber wie ich schon früher betont habe, hat Zelenskyj nicht nur sein eigenes Naziregime geschaffen, sondern er hat mehr zur Unterstützung und Institutionalisierung von Nazis in der Ukraine beigetragen als jeder andere Präsident vor ihm.

Seine jüdischen Kritiker vertreten eine andere Auffassung. Zelenskyj bezeichnet sich selbst nicht als Jude. Er erwähnt seine jüdische Herkunft nur, wenn es ihm politisch nützt - zum Beispiel, wenn er die Wahrheit über sein Naziregime verschweigt.

Zelenskyj bekennt sich nicht zum Judentum, er hat eine Christin geheiratet, seine Kinder in der orthodoxen Kirche getauft und hält sich an christliche Feiertage. Während seiner Präsidentschaftskampagne weigerten er und sein Pressesprecher sich sogar, zu bestätigen, dass er Jude ist.

Zelenskyj macht sich über die jüdische Kultur lustig. Hawa Nagila ("Freut euch") ist ein verehrtes jüdisches Volkslied, das an jüdischen Feiertagen in aller Welt gesungen wird. Zelenskyjs Idee, dieses Fragment des jüdischen Kulturerbes zu würdigen, bestand darin, Hawa Nagila mit seinem Penis als Comedy-Nummer auf der Bühne aufzuführen (als er noch ein Komiker war – red.).

Schließlich empörte Zelenskyj während seiner Welttournee, auf der er weitere Milliarden an Geld und Waffen forderte, die Mitglieder der israelischen Knesset mit einer schändlichen Rede über die Holocaust-Leugnung in der Ukraine. Zelensky weigert sich, die Geschichte der Kollaboration zwischen Bandera und den Nazis anzuerkennen, und behauptet absurderweise, dass die ukrainischen Kriegsanstrengungen gegen die Deutschen in erster Linie der "Rettung der Juden" dienten. Jüdische Kritiker haben ihn als "Holocaust-Verzerrer" verunglimpft.

Auch seine Rede vor dem griechischen Parlament war berüchtigt. An dieser Veranstaltung nahm ein "Asow*-Nazi teil, den Zelenskyj mitbrachte. Einige Abgeordnete verließen empört das Plenum und nannten Zelenskyjs Rede eine "Nazi-Fiesta".

Doch Zelenskyj war nicht der erste reiche und einflussreiche ukrainische Jude, der die Nazis unterstützte. Igor Kolomoyskyj ist ein jüdischer ukrainischer Milliardär-Oligarch und der ursprüngliche Geldgeber der Asow*- und Aidar-Bataillone. Er finanziert auch andere Nazi-Milizen. Kolomoyskyj war Zelenskys wichtigster finanzieller Unterstützer als Präsident. Und als Eigentümer von Burisma Holdings war er der Chef von Hunter Biden.

Können Juden also die Nazis in der Ukraine unterstützen? Es ist klar, dass sie das können und tun.

Westliche Medien beschönigen die Nazis

Die Ukraine ist der erste offen nationalsozialistische Staat der Welt seit 1945. Doch im vergangenen Jahr haben westliche Medien eine Propagandakampagne gestartet, die darauf abzielt, die ukrainischen Nazis so zu beschönigen, als hätten sie nie existiert. Für diesen Versuch, die Geschichte auszulöschen und umzuschreiben, gibt es zwei Gründe.

Der erste ist das Bedürfnis der Kriegstreiber, Informationen zu kontrollieren und die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Die Amerikaner hassen die Nazis. Wir haben einen Weltkrieg geführt, um den deutschen, italienischen und japanischen Nationalsozialismus und Militarismus zu besiegen, und 420.000 Amerikaner starben, um diesen hart erkämpften Sieg zu erringen. Die herrschenden Eliten des militärisch-industriellen Komplexes und des politischen Establishments der USA wissen, dass die Ukraine keinen Penny von Amerika erhalten wird, wenn das amerikanische Volk die Wahrheit über Zelensky und sein Nazi-Regime erfährt.

Der zweite Grund ist Wladimir Putin.

Putin hat erklärt, dass eines der Hauptziele der militärischen Sonderoperation Russlands die "Entnazifizierung" der Ukraine ist. Dies ist ein großes Problem für Joe Biden, die NATO und die Kriegstreiber im Kongress.

20 Jahre lang haben der militärisch-industrielle Komplex und die Mainstream-Medien das Bild von Wladimir Putin als das personifizierte Böse gezeichnet. Für die Kriegstreiber wäre es ein schrecklicher Nachteil, wenn die Amerikaner nach all der Dämonisierung herausfinden würden, dass Putin die ganze Zeit die Wahrheit über die Nazis in der Ukraine gesagt hat.

Bevor den westlichen Medien befohlen wurde, die Geschichte des ukrainischen Nationalsozialismus auszulöschen, erzählten sie die Wahrheit über die Nazis in der Ukraine. Hier ist eine kurze Liste ihrer Geschichten vor den jüngsten Versuchen, die Nazis zu "beschönigen".

The Hill: "Die Realität der Neonazis in der Ukraine kann nicht einmal mit der Propaganda des Kremls verglichen werden".

Time: "Einblicke in die Reihen der Anhänger der weißen Vorherrschaft in der Ukraine".

BBC Newsnight: "Die neonazistische Bedrohung in der neuen Ukraine".

Al-Jazeera: "Ukrainische Kämpfer schmieren Kugeln gegen Tschetschenen mit Schweinefett ein".

BBC: Ukraine unterschätzt Rolle der Rechtsextremen im militärischen Konflikt

BBC: "Ukraine-Konflikt: 'White Power'-Krieger aus Schweden"

The Guardian: "Willkommen in der Ukraine, dem korruptesten Land in Europa"

Newsweek: "Ukrainische freiwillige Nationalisten begehen Kriegsverbrechen im Stil von ISIS****".

BBC Newsnight: "Ukraine: auf Patrouille mit der rechtsextremen nationalen Miliz".

Globalistische Eliten sind alle dabei

Die westlichen globalistischen Eliten sind alle für den militärischen Konflikt, den Washington in der Ukraine führt. Auf dem jüngsten Treffen des Weltwirtschaftsforums in Davos war keine Rede von Frieden, sondern nur von Eskalation und "ewigem Krieg".

Auch die großen Technologiekonzerne setzen die Desinformation über die Beschönigung der Nazis auf ein neues Niveau. Mark Zuckerbergs META berichtete, dass Facebook* dem Nazi-Bataillon Asow (einer als extremistisch anerkannten und in Russland verbotenen Organisation - Anm.: InoSMI) den Status einer "gefährlichen Organisation" entzogen hat. Die Anhänger der weißen Vorherrschaft haben nun uneingeschränkten Zugang zu der Plattform.

In einem Land, in dem es viele militärische Naziorganisationen, Vereinigungen und politische Parteien gibt, ist das Asow-Bataillon* das berüchtigtste in der Ukraine. Die Ideologie von Asow ist rein nationalsozialistisch, und ihr Emblem und ihre Symbole stammen direkt von Hitlers SS.

Der kämpfende Flügel des Asow-Bataillons* wurde der nationalen Polizei übergeben. Da Asow einen zu hohen Nazi-Status hat, war die Desinformationskampagne der westlichen Medien, die darauf abzielt, ihr Image zu rehabilitieren, besonders intensiv. Aber es ist für die Apologeten von Azov einfacher, über die Beschönigung zu reden, als sie tatsächlich zu erreichen.

Selbst der NATO-Atlantikrat ist zu dem Schluss gekommen, dass die Verbindungen von Azov zu anderen Organisationen der weißen Vorherrschaft intakt sind. "Azov*" ist ein internationales Zentrum für Anhänger der weißen Vorherrschaft mit einem weltweiten Rekrutierungsnetzwerk. Weiße Nationalisten reisen in die Ukraine, um Kampferfahrung zu sammeln und mit tödlichen Kampffähigkeiten nach Hause zurückzukehren.

Das Asow-Bataillon* zeigt stolz seine Nazi-Pathologie. Im Mai eroberten russische Truppen die Stadt Mariupol und nahmen 2.500 ukrainische Soldaten gefangen, von denen die meisten Asow-Nazis waren. Videos von Durchsuchungen der Häftlinge zeigen deren umfangreiche Nazi-Tätowierungen. Hier gilt das Sprichwort: "Es ist besser, einmal zu sehen als hundertmal zu hören".

Der Kongress kennt die Wahrheit über die Asow-Nazis

Die nationalsozialistischen Wurzeln des Asow-Bataillons* waren für den US-Kongress nie ein Geheimnis.

Im Jahr 2015 brachte John Conyers (Michigan), Mitglied des Repräsentantenhauses, einen Änderungsantrag ein, der es den Vereinigten Staaten untersagt, den Asow-Nazis in der Ukraine weitere militärische Unterstützung und Ausbildung zu gewähren. Der Änderungsantrag wurde angenommen, aber auf Druck von Obamas Pentagon wieder aufgehoben.

Im Jahr 2018 verabschiedete der Kongress ein Ausgabengesetz, das es den Vereinigten Staaten untersagt, dem "neonazistischen Asow-Bataillon*", das in der Ukraine kämpft, Waffen und Ausbildungshilfe zu liefern.

Im Jahr 2019 unterzeichneten 40 Demokraten im Repräsentantenhaus einen Brief, in dem sie das Außenministerium fragten, warum es das ukrainische Asow-Bataillon* nicht als "ausländische terroristische Organisation" (FTO) in den USA aufführt. Zu den Unterzeichnern gehören die Mitglieder des Repräsentantenhauses Ro Khanna (Kalifornien) und Jamie Ruskin (Maryland). Die Demokraten stellten eine Verbindung zwischen den "Asow"-Nazis in der Ukraine und den Terroranschlägen von Anhängern der weißen Vorherrschaft in der ganzen Welt her, darunter Christchurch, Neuseeland, und El Paso, Texas.

Aber das war damals.

Heute gehören alle Demokraten und korporativen Republikaner zu der "einen Partei" der Kriegstreiber, die sich verpflichtet haben, die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes des politischen Establishments im Kongress durch permanente Kriegsführung zu verfolgen. Aus diesem Grund stimmte der Kongress für die Bereitstellung von 100 Milliarden Dollar zur Unterstützung des Nazi-Regimes in der Ukraine und zur Unterstützung des Asow-Bataillons*, einer Gruppe, von der sie wissen, dass es sich um eine terroristische Organisation von Anhängern der weißen Vorherrschaft handelt. Die "Vereinigte Partei" der Kriegstreiber beschönigt diese Nazis, um ihren Verrat zu rechtfertigen und die Öffentlichkeit zu täuschen.

Letzten Herbst wurde eine Delegation von Asow-Nazis in Uniform als Helden in unserem Kapitol empfangen, wo sie von 50 Mitgliedern des Repräsentantenhauses und Senatoren empfangen wurden. Zu den besonderen Gästen gehörte Adam Schiff (Kalifornien), damals Vorsitzender des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses.

Die Naziparade zog weiter durch die Vereinigten Staaten und machte in New Jersey, Detroit, Chicago und der Stanford University Halt. Die Sturmtruppen von Asow trafen sich mit zahlreichen Zuhörern, darunter auch Kinder, verbreiteten Fehlinformationen und sammelten Geld. Nach der Versteigerung von Nazi-Abzeichen und -Schlachtfahnen hießen sie die Amerikaner im Nazi-Club willkommen: "Jetzt seid ihr alle Asow*."

Nationale Schande

Gibt es eine unehrenhaftere Sache als Amerikas Unterstützung des Nazismus? Die Beschönigung und Unterstützung der ukrainischen Nazis durch die amerikanischen Medien und Gesetzgeber ist eine nationale

Schande.

Joe Biden, der militärisch-industrielle Komplex und die Kongressabgeordneten, die Neokonservativen im Außenministerium und die westlichen globalistischen Eliten haben die Vereinigten Staaten und die NATO in einen "Stellvertreterkrieg" mit Russland hineingezogen. Für sie ist die Ukraine nur eine wegwerfbare Marionette.

Das Wohl der Ukraine ist für die Kriegstreiber nicht von Interesse.

Ihr eigentliches Ziel scheint der Sturz Putins und die Spaltung Russlands zu sein, und um das zu erreichen, nehmen sie den Tod von Millionen Ukrainern in Kauf.

Die Ukraine ist die perfekte Marionette, um gegen Russland zu kämpfen und zu sterben. Ihre politischen Parteien und ihre Streitkräfte werden bereits von einer rassistischen, nazistischen Ideologie geleitet, die auf dem Hass gegen Russen beruht. Und in Zelenskyj haben sie den perfekten Schützling - ein korruptes Ablenkungsmanöver der globalistischen Eliten, die bereit sind, das ukrainische Volk zu opfern und den Krieg auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Selbst wenn Zelenskyjs Ukraine völlig zerstört wird.

Auch das Wohlergehen der Vereinigten Staaten ist für die Kriegstreiber nicht von Interesse.

Sie haben 100 Milliarden Dollar in die Fortsetzung eines militärischen Konflikts gesteckt, der nicht in unserem nationalen Interesse liegt. Der Krieg, den sie führen sollten, sollte hier zu Hause geführt werden. Millionen von Illegalen sind in unser Land eingedrungen, unsere Städte werden durch unkontrollierte Kriminalität zerstört, und jedes Jahr sterben 100.000 Amerikaner an Fentanyl, das von mexikanischen Drogenkartellen geliefert wird.

Der Konflikt in der Ukraine könnte heute mit einem einzigen Telefonanruf beendet werden.

Zelenskyj ist eine Marionette, und Washington zieht an seinen Fäden. Der Konflikt wird in dem Moment enden, in dem Biden den Hörer abnimmt und Zelenskyj mitteilt, dass das Spiel vorbei ist und es Zeit für Frieden ist.

Es ist an der Zeit, dass die Republikaner im Kongress verlangen, dass Biden den Hörer abnimmt.

Autor: Maurice Richards ist der ehemalige Leiter des Martinsburg Police Department in West Virginia. Er hatte das Amt von 2015 bis 2020 inne, nachdem er 24 Jahre lang bei der Polizei von Chicago gearbeitet hatte. Richards hat einen Dokortitel in Pädagogik von der Northern Illinois University. Seine Artikel und Beiträge werden häufig in Human Events, The Federalist, The Hill und The Daily Caller veröffentlicht.

<https://telegra.ph/Die-Besch%C3%B6nigung-der-ukrainischen-Nazis-durch-Washington-ist-eine-nationale-Schande-f%C3%BCr-die-USA-02-10>

Die Lage der Ukraine ist ernst

[Richard Drex]

Die jüngst verkündeten westlichen Panzerlieferungen sind kein „Gamechanger“ im Ukrainekrieg. Immer mehr zeichnet sich ab, dass das angegriffene Land diesen Kampf nicht gewinnen kann. Weshalb es Zeit ist, über politische Lösungen nachzudenken

Fast ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs sollen die ukrainischen Streitkräfte weitere materielle Verstärkung erhalten. Ein wochen- und monatelanges Gezerre beendete Kanzler Scholz unlängst mit der Entscheidung, zunächst 14, später weitere Leopard-2-Kampfpanzer aus Bundeswehrbeständen zu liefern. Damit nicht genug haben die Niederlande, Polen, Kanada, Norwegen, Portugal, Spanien und Finnland im Gefolge der deutschen Entscheidung etwa 100 Leoparden unverbindlich zugesagt. Die Briten hatten bereits vorher 14 Challenger-Panzer angekündigt. Die USA wollen – wann auch immer - mit 31 schweren M1-Abrams-Kampfpanzern nachziehen. Nicht zu vergessen sind die 90 Stryker-Radpanzer der

US-Armee sowie einige französische Aufklärungspanzer AMX-10. Die Bundesregierung akzeptiert nun zudem die Lieferung von bei der Industrie vor sich hin rottenden Leopard-1-Kampfpanzern.

Zusammen mit den früher angekündigten deutschen Marder- und Bradley-Schützenpanzern der USA kann die Ukraine im Laufe des Frühjahrs mit zwei mit westlichen Systemen ausgerüsteten Panzerbataillonen rechnen. Falls das ukrainische Heer die geschilderte Typenvielfalt halbwegs in den Griff bekommt, sollten damit einige Lücken bei deren Kampftruppen gestopft werden können. Die von Präsident Selenskyj angestrebten Angriffsoperationen zur Befreiung der besetzten Gebiete werden mit den in Rede stehenden Verstärkungen aber weiterhin nicht möglich sein. Zwei zusätzliche Heeresverbände bei 1000 Kilometern Frontlinie sind lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein!

Wunschzettelpolitik

Unnötig zu erwähnen, dass die militärischen Möglichkeiten der Ukraine direkt auch vom militärischen Potential abhängen, das Russland auf dem Gefechtsfeld anbietet. Die russischen Truppen nutzen seit dem Rückzug aus der Stadt Cherson die Zeit, sich einzugraben, Minenfelder anzulegen, Stellungen auszubauen sowie insbesondere in den Donbass neues Kriegsgerät und Reservekräfte heranzuführen. Bis die beiden ukrainischen Bataillone mit dem Sammelsurium westlicher Fahrzeuge halbwegs einsatzreif sind, wird es dauern. Wenn mit deren Hilfe russische Durchbrüche verhindert werden können, wäre das schon was. Kampfpanzer eignen sich schließlich auch für Verteidigungsaufgaben.

Die Ankündigung der Panzerlieferungen war noch nicht verklungen, da wurden aus der Ukraine noch sehr viel weitergehende Wunschzettel Richtung NATO nach Kampfflugzeugen und weitreichenden Raketen verschickt. Der in vieler Augen höchst undiplomatische Andrij Melnyk, inzwischen stellvertretender Außenminister der Ukraine, verstieg sich gar zu der Forderung nach Marinesystemen, um die russische Flotte aus dem Schwarzen Meer zu vertreiben. Die deutsche Fregatte Lübeck hatte es ihm angetan (wird außer Dienst gestellt), wie auch deutsche Angriffs-U-Boote der Klasse 212 A.

Systeme dieser Art wären jedoch schlichter Unfug, ein strategischer oder wenigstens taktischer Sinn ist in einer Mini-Marine im russisch dominierten Schwarzen Meer nicht erkennbar. Der russische Raketenkreuzer „Moskwa“ konnte auch mit landgestützten Raketen versenkt werden. Schlagkräftige Seestreitkräfte mit U-Booten und Fregatten sind nicht so nebenbei – nach ein paar Wochen Ausbildung – aufzubauen. Unabhängig von der Person Melnyk sind diese Forderungen deutliche Hinweise auf den Versuch, in Anbetracht großer militärischer Not NATO-Staaten zu direkten Kriegsbeteiligten machen zu wollen. Dahin dürfte vorläufig kein Weg gehen, die politisch Verantwortlichen sind sich zumindest darin einig.

Unabhängig davon schlägt sich die ukrainische Armee nach allen zur Verfügung stehenden Informationen beachtlich gegen einen zahlenmäßig weit überlegenen Gegner. Sie profitiert von Aufklärungsinformationen der Amerikaner, wie ihr auch die eingeübte Auftragstaktik eine flexible Kampfführung ermöglicht. Der russischen Armee hingegen ist der Ausweg aus ihrem zentralistischen Führungssystem versperrt, unmotivierte und in den Krieg gezwungene Soldaten harren der Befehle und warten auf den nächsten Auftrag.

Ein Blick auf das militärische Handwerk

Im Gegensatz dazu mangelt es den ukrainischen Kämpfern nicht an Motivation, allerdings ist Kriegsdienstverweigerung auch in deren Reihen nicht unbekannt. Dass die ukrainischen Soldaten und Wartungsmannschaften an neuen Waffen zunächst ausgebildet werden müssen, liegt auf der Hand. Wobei kriegserfahrene Panzersoldaten sich tendenziell eher leicht tun sollten, so prinzipiell unterschiedlich in der Anwendung sind die Waffensysteme nicht. Immerhin müssen die Panzer ins Führungssystem mit entsprechenden Kommunikationsmitteln eingebunden werden, die Zielsysteme und Aufklärungsmittel mit Nachtsichtgeräten und Infrarotsensoren müssen beherrscht werden, die Möglichkeiten und Grenzen der Waffen- und Wirkmittel müssen bekannt sein und beübt werden. Mit unkundigen Besatzungen können Waffen auch zur Gefahr für die eigenen Truppen werden.

Anspruchsvoller dürfte sich allerdings der Aufbau von Instandsetzungseinheiten und Versorgungsketten mit Ersatzteilen und ausreichend Munition darstellen; wenn Logistik und Instandsetzung nicht funktionieren, endet bald der Nachschub und damit der Einsatz. Dies gilt selbstverständlich für alle vom Westen bezogenen Systeme, ob für Heer oder Luftwaffe oder was auch immer sonst. Nicht zuletzt ist auch die koordinierte Führung unterschiedlich ausgestatteter Verbände eine Herausforderung.

Was inzwischen allein aus Deutschland der Ukraine alles zur Verfügung gestellt wurde, ist kaum überschaubar. Ein Blick auf die frei zugänglichen Netzseiten der Bundesregierung ist sehr zu empfehlen.

Man wird sehen, ob die Vielzahl unterschiedlicher Gerätschaften die ukrainischen Truppen nicht überfordert. Wie dies in Kriegszeiten mit Aussicht auf Erfolg organisiert werden soll, bleibt das Geheimnis der daran Beteiligten.

Im Übrigen wird der Übergang auf westliche Waffen bei Fortdauer des Krieges zu der Notwendigkeit führen, immer weitere Leos, Marder und M1 Abrams etcetera nachliefern zu müssen. Neben den Leoparden auf europäischer Seite ist der US-Kampfpanzer der einzige Typ, der in Tausender-Stückzahlen (in US-Depots) verfügbar ist. Wunderwaffen sind jedoch auch westliche Kampfpanzer nicht. Selbst der IS konnte in Syrien türkische Leopard 2 mit Hilfe moderner Kampfmittel abschießen. Diese wurden offensichtlich nicht im Verbund mit Schützenpanzern, einer funktionierenden Aufklärung und anderen Komponenten eingesetzt. Jedenfalls sind selbst Panzer im Krieg Verbrauchsmaterial, für Nachschub muss gesorgt werden.

Die Frage nach der Strategie

Unabhängig von den beträchtlichen Verlusten der Gegenseite stellt sich für die Ukraine die Frage, wie lange der Kampf fortgeführt werden kann. US-Quellen zufolge sind bereits über 100.000 ukrainische Soldaten gefallen oder verwundet worden. Auch muss die zunehmende Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur unweigerlich Auswirkungen auf die Kriegsführungsfähigkeit haben. Selenskyj kommt gar nicht umhin, beständig weitere Finanz- und Waffenhilfe einzuwerben. Anders könnte er seinen Kurs in der militärischen Auseinandersetzung mit einem übermächtigen Gegner nicht lange fortführen.

Für die beteiligten NATO-Staaten wurde es zur ständigen Herausforderung, eine halbwegs einheitliche Strategie zu verfolgen. Die Bruchlinien gehen selbst quer durch das Bundeskabinett: Dem Kanzler zufolge darf Russland nicht gewinnen, starke Kräfte in der FDP und bei den ehemals pazifistischen Grünen vertreten hingegen die Auffassung, dass Russland eine militärische Niederlage erleiden muss. Die Kernfrage ist und bleibt, bis zu welchem Punkt das ukrainische Ziel unterstützt werden soll, die Armee der größten Atommacht auf diesem Globus zu schlagen und die besetzten Gebiete einschließlich der Krim zurückzuerobern. Die Zeichen an der Wand stehen nicht danach. Wenn der Westen dahinter stünde, hätte die Ukraine längst ein Mehrfaches der bisherigen Waffenhilfe erhalten.

Unstreitig ist, dass Putin mit seinem Angriff vom 24. Februar 2022 die europäische Friedensordnung zerbröseln hat. Die brutalen russischen Angriffe unter eklatanter Missachtung des Kriegsvölkerrechts bedürfen der Reaktion. Unstreitig ist allerdings auch, dass in Europa die Abschreckung seit Jahren sträflich vernachlässigt wurde und Möglichkeiten zur Deeskalation und zum friedlichen Ausgleich offenkundiger Interessenunterschiede unterblieben sind. Die Europäer müssen sich vorhalten lassen, erneut nicht in der Lage gewesen zu sein, eine eigenständige Politik zu verfolgen. Dabei liegt der Scherbenhaufen mit zerstörten Landstrichen und Millionen Flüchtlingen unmittelbar vor der Haustür der Europäischen Union.

Das Ende bedenken

Putins Kalkül geht dahin, dass die westlichen Bevölkerungen die mit dem Krieg einhergehenden Belastungen nicht längerfristig tragen wollen. Den beteiligten Regierungen wird es früher oder später an der Kraft fehlen, für immer neuen Geld- und Waffennachschub zu sorgen. Eine direkte Kriegsbeteiligung von NATO-Staaten soll weiterhin verhindert werden. Die ukrainische Armee wird zu raumgreifenden Offensivoperationen mit der in Rede stehenden westlichen Waffenhilfe nicht fähig werden, das ist kaum verhohlene Absicht der Alliierten. Der Ukraine sollte konsequenterweise nicht länger vorgemacht werden, dass die Unterstützung soweit geht, die besetzten Gebiete zurückzuholen.

Der Frage „Wie weit wollen wir gehen?“ ist nicht mehr auszuweichen. Ein jahrelanger Abnutzungskrieg zum Schaden des Kontinents und insbesondere der Ukraine darf keine Lösung sein. Mit einem vorläufigen Patt wird man leben müssen. Es ist höchste Zeit für ernsthafte Gespräche zunächst in Richtung eines Waffenstillstands. Die Schlüssel dafür liegen in Anbetracht der Schwäche der EU in Moskau und Washington. Mal sehen, wohin uns die unausgegorene und von außen aufgezwungene Strategie noch führen wird.

Richard Drexl ist Oberst a.D. der Luftwaffe, Kommunalpolitiker (Freie Wähler) und Autor. Seit 2014 ist er Präsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V. Zuletzt erschien die komplett überarbeitete Neuauflage seines gemeinsam mit Josef Kraus verfassten Buches „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr in der Krise“ (FinanzBuch Verlag 2021).

<https://paz.de/artikel/die-lage-der-ukraine-ist-ernst-a8345.html>

Die Unverschämtheit des Wolodymyr Selenskyj

[Theo-Paul Löwengrub]

In den letzten Tagen absolvierte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj eine Art Grand Tour durch Europa, die ihn nach London, Paris und Brüssel führte. Auffälligerweise hielt Selenskyj es nicht für nötig, auch die deutsche Hauptstadt mit seiner Anwesenheit zu beehren. Das Treffen mit Scholz fand in Paris bei Macron statt – und das, obwohl Deutschland allein bis Dezember weit über fünf Milliarden Euro ausgab, um der Ukraine zu helfen, sich wirtschaftlich durch die Russland-Sanktionen schwerste Schäden zufügt und mit Abstand der größte Nettoeinzahler in den EU-Haushalt ist.

Dass es Selenskyj offenbar nicht für angebracht hält, zumindest aus rudimentärem Respekt zunächst seinen Hauptzahlesel und treuesten Schildknappen eines Besuches zu würdigen, ist nicht nur ein protokollarischer Skandal. Es ist Wasser auf die Mühlen derer, die Deutschland sowieso als nicht voll souveränen, heteronomen und vor allem US-hörigen Kriegsvasallen betrachten. Nicht ganz zu Unrecht sehen sie hier eine rote Linie zwischen dem unverschämten Dauergepöbel des primitivsten und asozialsten Botschafters, der je in Deutschland Dienst tat, Selenskyjs Gesandten Andrij Melnyk (der inzwischen zum Vize-Außenminister in Kiew aufstieg), und Selenskyjs arroganter Geringschätzung.

Diplomatischer Stinkefinger

Ebenso gut oder zusätzlich könnte man Selenskyjs „diplomatischen Stinkefinger“ als Indiz dafür heranziehen, was er in Wahrheit von Deutschland hält, in dem er offenbar nichts als eine widerspenstige Melkkuh sieht, die ab und zu die Rute braucht. Dabei hätte er in Berlin ohnehin offene Türen eingearannt: Denn Hauptgegenstand seiner Reise waren natürlich die obligatorischen Forderungen nach immer mehr Waffen aller Art für sein Land. Und es kommt genau so wie vorausgesehen: Nach Panzern geht es jetzt um Düsenjäger. Nachdem er im letzten Monat die Lieferung deutscher Leopard-Kampfpanzer erreicht hatte, stehen nun Kampfflugzeuge ganz oben auf der niemals endenden ukrainischen Wunschliste.

Am Donnerstag äußerte Selenskyj sich ungewohnt zufrieden über die Ausbeute seines London-Aufenthalts. Dieser habe Entscheidungen über umfangreiche Waffenlieferungen und die Ausbildung von Piloten in größere Nähe gerückt. Tatsächlich hatte der britische Premierminister Rishi Sunak zugesichert, die Lieferung von Kampfjets prüfen zu lassen. Zudem sollen ukrainischen Piloten an NATO-Jets in Großbritannien ausgebildet werden. Genau so begann es damals auch mit den Panzern.

Als nächstes dann Kampfjets

„Das ist wirklich ein gewisser Schritt zur Lieferung von Kampfflugzeugen“, frohlockte Selenskyj in Brüssel. Das Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz am Mittwochabend in Paris bezeichnete Selenskyj als „sehr stark“ und „sehr wichtig“. „Wir haben an der Stärkung unserer Offensivfähigkeiten gearbeitet“, erklärte er. Dabei stellte er klar, dass „wir von gepanzelter Technik und Panzern reden“. Er habe „Positives von unserem Treffen mitgenommen“, konstatierte er.

Damit dennoch keine Missverständnisse aufkommen, betonte er: „Ich hab kein Recht ohne Ergebnisse nach Hause zu kommen. Das hängt sowohl von den Partnern, aber auch von mir persönlich ab. Ich halte es für angebracht der Ukraine zu helfen, denn in der Regel hilfst du auch dir selbst. (...) Um zu überleben brauchen wir diese Waffen. Um zu überleben, brauchen wir dieses Geld“.

Interview-Farce beim „Spiegel“

Noch deutlicher wurde er in einem Interview, das er dem „Spiegel“ und dem französischen Figaro gab: In Richtung von Scholz sagte Selenskyj: „Ich muss Druck machen, der Ukraine zu helfen und ihn ständig überzeugen, dass diese Hilfe nicht für uns ist, sondern für die Europäer“. Zwar rang er sich ein Wort des Dankes für die Lieferung des deutschen Flugabwehrsystems Iris-T, ab, schob aber sofort nach, das deutsch-ukrainische Verhältnis verlaufe „wellenförmig“, es sei „ein Auf und Ab“. In der ursprünglichen Fassung des Interviews hieß es gar: „Ich muss ihn zwingen, der Ukraine zu helfen“. Der unterirdische und unverbesserliche „Spiegel“ änderte dies später zugunsten einer angeblich „genaueren“ und etwas abgemilderten „Übersetzung“ entsprechend ab; doch inhaltlich bleibt klar festzuhalten, dass Selenskyj den deutschen Regierungschef – einmal mehr – öffentlich wie einen Schuljungen gemäßregelt hat, weil dieser nicht noch schneller noch mehr Waffen und Geld für die Ukraine zur Verfügung stellt.

Und wie ganz richtig von ihm eingeschätzt, lässt der so formatlose wie testikelfreie, vertrottelt und sediert

wirkende Bundeskanzler alles mit sich machen. Schlimmer noch: Scholz bestärkt Selenskyj weiterhin in dessen offensichtlicher Einschätzung, dass Deutschland – wie auch Europa, die USA und der Rest der Welt – keine andere Aufgabe, keinen anderen Daseinszweck mehr kennen, als der Ukraine bis zur völligen Selbstaufgabe zu helfen – und das, obwohl keinerlei formale Bündnisverpflichtungen bestehen. Dass Länder auch noch eigene Interessen und eine Verpflichtung gegenüber ihren Bürgern haben, ist Selenskyj offenbar gleichgültig, wie dieser Einwand hierzulande bereits als Defätismus gilt. Deshalb kann man Gift darauf nehmen: Auf jede weitere erfüllte Forderung folgt seitens Selenskyjs sofort ein neuer Katalog nach. Andere Kleptokraten und Oligarchen-Shitholes der Welt blicken vermutlich längt neidisch auf die Ukraine – und wünschen sich ebenfalls einen russischen Angriffskrieg herbei, um ein ähnliches Füllhorn westlicher Waffen- und Geldströme über sich niedergehen zu sehen.

<https://ansage.org/die-unverschaeemtheit-des-wolodymyr-selenskyj/>

Wie korrupt ist die ukrainische Regierung um Wolodymyr Selenskyj?

[Alexander Dubowy]

Auch mit Blick auf das Hubschrauberunglück am 18. Januar 2023 wird wegen Korruption ermittelt. Die EU macht jetzt Druck, korrupte Strukturen in der Ukraine zu bekämpfen. Alles nur Show? Eine Analyse.

Seit Jahren wird die Ukraine regelmäßig von Korruptionsskandalen erschüttert. Auf dem Korruptionsindex von Transparency International belegt die Ukraine Platz 122 von 180. Auch aus diesem Grunde bleibt die Bekämpfung der Korruption eine zentrale Forderung der EU mit Blick auf den von Kiew angestrebten EU-Beitritt. Damit ist der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gleichsam mit einem Krieg an zwei Fronten konfrontiert: Neben der Abwehr russischer Aggression muss sich die ukrainische Führung auch dem innenpolitischen Kampf gegen die Korruption stellen.

Intensivierung des Kampfes gegen Korruption

Im Visier der Korruptionsermittler steht aktuell der ukrainische Verteidigungsminister Oleksii Reznikov. Nach Berichten der ukrainischen Nachrichtenagentur Ukrainska Pravda soll der Verteidigungsminister von seinem Posten abberufen und durch den Leiter des ukrainischen Militärgeheimdienstes Kyrylo Budanov ersetzt werden.

Ob dieser Schritt auch angesichts der wohl bevorstehenden russischen Offensive tatsächlich gesetzt wird, bleibt freilich nach wie vor unklar. Die Vorwürfe gegen Verteidigungsminister Reznikov lassen sich auf Berichte von ukrainischen Investigativ-Journalisten über den Ankauf von Lebensmitteln für das ukrainische Militär zu deutlich überhöhten Preisen sowie den Erwerb von militärischer Ausrüstung von mutmaßlich minderere Qualität durch das Verteidigungsministerium der Ukraine zurückführen. Die mutmaßlichen Korruptionsvorwürfe im ukrainischen Verteidigungsministerium schlugen hohe Wellen und führten bereits zu Rücktritten mehrerer Gouverneure und hochrangiger Beamte.

Alle, die der Ukraine schaden, müssen festgenommen werden

Nicht zuletzt angesichts zahlreicher Vorwürfe von Investigativ-Journalisten haben die ukrainischen Behörden den Kampf gegen die Korruption verschärft. Über die vergangenen Wochen kam es zu einer ganzen Reihe von Hausdurchsuchungen und Entlassungen hoher Beamter; so beispielsweise wurden beinahe alle führenden Beamten des Zolldienstes der Ukraine aus dem Staatsdienst entlassen. Die ukrainischen Medien berichten über Hausdurchsuchungen im Verteidigungs- und Finanzministerium aufgrund laufender Ermittlungen über Veruntreuung in Millionenhöhe.

Überhaupt kam es seit Anfang Februar 2023 rund um den EU-Ukraine-Gipfel am 3. Februar 2023 und den Staatsbesuch der Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen in Kiew zu einer ganzen Reihe von Hausdurchsuchungen durch den ukrainischen Inlandsgeheimdienst (SBU) und das Staatsamt für Ermittlungen (DBR), eine ukrainische Strafverfolgungsbehörde mit Schwerpunkt auf Korruptionsbekämpfung. Wassil Maljuk, Leiter des Inlandsgeheimdienstes SBU, bezeichnete die gesetzten Maßnahmen als einen klaren Schlag gegen den inneren Feind. Allen, die der Ukraine Schaden zufügen möchten, seien

Handschellen anzulegen, stellte Maljuk klar.

Ermittlungen gegen einen früheren Unterstützer Selenskyjs

Zu den prominentesten Korruptionsbekämpfungsfällen gehören Ermittlungen gegen den einst sehr einflussreichen Oligarchen Ihor Kolomojskyj, welcher als ein wichtiger ehemaliger Förderer des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gilt sowie den langjährigen Innenminister Arsen Awakow.

Nach Informationen des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes (SBU) kam es zu Hausdurchsuchungen in den Räumlichkeiten des umtriebigen Oligarchen Ihor Kolomojskyj im Zusammenhang mit der Veruntreuung von rund 40 Milliarden Hrywnja (rund eine Milliarde Euro) durch das Management des größten ukrainischen Öl- und Gasproduzenten Ukrnafta und des Pipelinebetreibers Ukrtransnafta. Nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und Verhängung des Kriegsrechts wurden beide Unternehmen im November 2022 in den Staatsbesitz überführt.

Laut ukrainischen Medienberichten führt das Staatsamt für Ermittlungen (DBR), eine ukrainische Strafverfolgungsbehörde mit Schwerpunkt auf Korruptionsbekämpfung, offenbar auch Ermittlungen gegen Ihor Nasalyk, von 2016 bis 2019 Minister für Energie und Kohleindustrie. Dieser wird verdächtigt, in seiner Amtszeit die Ausschreibungen manipuliert zu haben und dadurch Staatsaufträge für Unternehmen des in Wien ansässigen ukrainischen Oligarchen Dmytro Firtasch in Gesamthöhe von rund 1,5 Milliarden Hrywnja (rund 40 Millionen Euro) abgeschlossen zu haben.

Korruptionsvorwürfe gegenüber Hubschrauberkauf

Die aktuell wohl prominenteste Hausdurchsuchung fand in der Wohnung von Arsen Awakow statt. Awakow bekleidete zwischen 2014 und 2021 das Amt des ukrainischen Innenministers und galt als einer der zentralen Entscheidungsträger im machtpolitischen System der Ukraine. Gegenüber den Medien gab Awakow bekannt, dass die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Hubschrauberabsturz von Browary stehen.

Am 18. Januar 2023 stürzte die Airbus-Maschine H225 Super Puma des ukrainischen Staatlichen Dienstes für Notfallsituationen mit dem ukrainischen Innenminister Denys Monastyrskyj an Bord im Kiewer Vorort auf einen Kindergarten ab. Beim Hubschrauberabsturz kamen 14 Personen ums Leben, 25 weitere Menschen, darunter elf Kinder, wurden teils schwer verletzt.

Zwischen 2018 und 2021 kaufte das ukrainische Innenministerium 21 Hubschrauber dieser Serie von Frankreich ein. Rund die Hälfte der gelieferten Hubschrauber waren zum Lieferzeitpunkt gebraucht und standen schon damals international unter schwerer Kritik wegen mutmaßlichen Produktionsfehlern. Der für den Kauf hauptverantwortliche damalige Innenminister Arsen Awakow soll von technischen Problemen gewusst und dennoch den Kaufverträgen zugestimmt haben. Die ukrainischen Behörden gehen nunmehr den Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit diesem Geschäftsabschluss intensiv nach.

Alles nur Show?

Der ukrainische Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj zeigte sich bei einer Pressekonferenz mit den aktiven Ermittlungsschritten überaus zufrieden. Beamte, die grundlegende Anforderungen des Staates und der Gesellschaft nicht erfüllen können, sollten ihre Posten nicht besetzen. Die Rechtsstaatlichkeit könne jedoch nicht selten nur mit einem Wechsel in der Führung garantiert werden, betonte Selenskyj.

Die Kritiker bezeichnen die gesetzten Maßnahmen jedoch als unzureichend, ja als eine öffentlichkeitswirksame Show. Der Kiewer Politologe und Leiter des Zentrums für politische Forschung Wolodymyr Fesenko sieht im Gespräch mit Deutscher Welle einen direkten Zusammenhang zwischen dem demonstrativen Kampf gegen die Korruption und dem EU-Ukraine-Gipfel vom 3. Februar 2023.

EU will die Korruptionsbekämpfung

Sollte es die ukrainische Regierung mit dem EU-Beitritt ernst meinen, so bedürfe es greifbarer und nicht lediglich demonstrativer Ergebnisse der Korruptionsbekämpfung als eines der zentralen Kriterien für die Integration der Ukraine in die EU. Auch stünden die für den Anti-Korruptionskampf zuständigen Behörden in einem auffällig aktiven Austausch mit dem Präsidialbüro.

Insbesondere weist Fesenko darauf hin, dass Selenskyj über eine breite öffentliche Unterstützung für die umfassenden Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen verfüge. Mykola Chawronjuk, Experte des ukrainischen

Thinktanks Center for Political and Legal Reforms, widerspricht dem Vorwurf der mit Blick auf den EU-Ukraine-Gipfel lediglich demonstrativ gesetzten Maßnahmen.

Seines Erachtens seien den Eingriffen längere Ermittlungen der Behörden zur Beweissicherung illegaler Aktivitäten vorgelagert gewesen. Zudem würde eine bloße Vorspiegelung von Anti-Korruptionsmaßnahmen das Vertrauen der internationalen Partner in die ukrainische Regierung in einer entscheidenden Phase des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine nachhaltig untergraben. Letzteres wäre besonders problematisch, deckt doch allein die finanzielle Unterstützung durch die USA und die EU nach Angaben des ukrainischen Finanzministeriums knapp 40 Prozent der Staatsausgaben ab. Die EU knüpft die Zahlungen an Reformen bei der Antikorruptionsbekämpfung und der Rechtsstaatlichkeit.

Kampf an zwei Fronten

Freilich kann die Lösung des jahrzehntealten, mit ihren Ursprüngen bis in die Sowjetepoche reichenden, gesamtgesellschaftlichen Korruptionsproblems der Ukraine nicht innerhalb von wenigen Jahren, geschweige denn wenigen Monaten erfolgen. Zumal diese Mammutaufgabe durch die russische Invasion keinesfalls einfacher zu lösen ist. Doch ungeachtet des Krieges konnten die ukrainischen Behörden im vergangenen Jahr beachtliche Erfolge feiern.

Schließlich sind alle jüngsten Korruptionsskandale durch ukrainische Investigativ-Medien aufgedeckt worden. Gerade diese Tatsache erweckt die Hoffnung, dass die ukrainische Gesellschaft sich der Lösung des Korruptionsproblems nachhaltig annehmen wird.

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/wie-korrupt-ist-die-ukrainische-regierung-um-wolodymyr-selenskyj-li.315801>

Ablehnung wächst: Klare Mehrheit gegen Fortsetzung der EU-Sanktionen gegen Russland

Die Zahl der Österreicher, die gegen die EU-Sanktionen gegen die Russische Föderation sind, wächst weiter. Jetzt liefert die neue INSA-Umfrage für den eXXpress dazu aktuelle Daten: Selbst eine Mehrheit der SPÖ-Wähler ist für ein Ende der Sanktionen.



Die aktuelle INSA-Umfrage: Die Zahl der Sanktions-Gegner wächst in Österreich.

Sind es die jetzt ausgeschickten enorm hohen Gas- und Strom-Rechnungen oder die nicht mehr wirklich freundliche Haltung der ukrainischen Regierung, die österreichische Banken auf eine Sanktionsliste setzte? Die Stimmungslage bei der Frage nach den EU-Sanktionen gegen die Russische Föderation ist jedenfalls jetzt noch deutlicher zu erkennen: Waren am 6. November 2022 noch 43 % der Österreicher für eine Beendigung der EU-Sanktionen gegen Russland, so sind jetzt bereits 45 % für ein Aus – und nur noch 35 % der Befragten sind für eine Fortsetzung dieser Maßnahmen (INSA, 1000 Personen ab 16 Jahren, Zeitraum: 6. bis 9. Februar 2023).

Sechs Prozent der Befragten gaben an, dass ihnen dieses Thema egal sei, zehn Prozent wissen nichts dazu und vier Prozent wollten dabei ihre Meinung nicht sagen.

Schwierige Situation für Parteichefinnen der SPÖ und der NEOS

Besonders interessant ist die Auswertung der Zustimmung und Ablehnung zu den EU-Sanktionen nach der Parteizugehörigkeit: Für die FPÖ ist die Sache am klarsten, 78 % ihrer möglichen Wähler wollen ein Ende der Sanktionen gegen die Russische Föderation. Und nun ist auch bei den SPÖ-Unterstützern die relative Mehrheit (43 %) im Lager der Sanktions-Gegner, nur noch 41 % sind für die Fortsetzung der Maßnahmen gegen Moskau. Für die Parteispitze ist es damit unmöglich, beide Richtungen abdecken zu können.

Klare Verhältnisse helfen auch Werner Kogler als Chef der Grünen in dieser brisanten Frage: 69 % der Grünen sind für die Fortsetzung der EU-Sanktionen, nur 14 % dagegen.

In der ÖVP sind immerhin noch 49 % der möglichen Wähler für ein Festhalten an den Wirtschafts-Sanktionen gegen Russland, allerdings sind auch 41 % bereits für ein Ende dieser Maßnahmen.

Problematisch ist die Situation auch für NEOS-Chefin Beate Meinl-Reisinger: Obwohl die NEOS-Spitze einen harten Anti-Russland-Kurs fährt und in die Kriegsrethorik gegen Moskau laut einstimmt, wollen laut der neuen INSA-Umfrage immerhin 40 % der NEOS-Sympathisanten ein Ende der Sanktionen gegen Russland – und 41 % sind für eine Fortsetzung der EU-Sanktionen. Also die NEOS-Wähler sind bei diesem heiklen Thema, das auch massive Folgen für Millionen Österreicher hat, gespalten.

<https://exxpress.at/ablehnung-waechst-klare-mehrheit-gegen-fortsetzung-der-eu-sanktionen-gegen-russland/>

Musk dreht Selenskyj Starlink ab: Satelliten-Internet soll nicht als Waffe herhalten



Weil die Ukraine Elon Musks Satelliten-Internet-Dienst Starlink für militärische Zwecke missbraucht, hat sie Vertragsbruch begangen

Die Ukraine hat sich offenbar des Vertragsbruchs schuldig gemacht. Obwohl für humanitäre Zwecke gedacht, missbraucht die Ukraine den US-Satelliten-Internet-Dienst Starlink zur Steuerung von Kampfdrohnen. Starlink-Eigentümer Elon Musk macht jetzt Schluss damit.

Der US-Satelliten-Internet-Dienst Starlink von Tesla- und Twitter-Chef Elon Musk (51) hat Schritte eingeleitet, um die Ukraine im Krieg gegen Russland an der Nutzung des Systems zur Steuerung von Drohnen zu hindern. Die Versorgung mit dem Netzwerk sei "nie dazu gedacht gewesen, als Waffe eingesetzt zu werden", sagt Gwynne Shotwell, Präsidentin und COO des Herstellers SpaceX. Starlink sei laut Vertrag nur für humanitäre Zwecke gedacht, sprich für die Bereitstellung von Breitband-Internet für Krankenhäuser, Banken und Familien, die von russischen Angriffen betroffen sind.

"Es war nie unsere Absicht, dass Starlink für offensive Zwecke eingesetzt wird"

"Wir wissen, dass das Militär Starlink für die Kommunikation nutzt, und das ist in Ordnung. Aber es war nie unsere Absicht, dass es für offensive Zwecke eingesetzt wird." Shotwell lehnt es ab, Details der Maßnahmen zu nennen. Drohnen bilden einen wichtigen Teil der ukrainischen Verteidigungsstrategie gegen die russischen Streitkräfte. Anfang Dezember 2022 hatte die Ukraine mit Drohnen auch militärische Ziele weit im russischen Kernland angegriffen.

<https://exxpress.at/musk-dreht-selenskyj-starlink-ab-satelliten-internet-soll-nicht-als-waffe-herhalten/>

Videos, die man gesehen haben muss

Ukraine: Die Fakten, die keiner hören will

Marc Friedrich: Beim Thema Ukraine gibt es geteilte Meinungen und der Diskurs ist emotional aufgeladen. Bei N-TV war ein österreichischer Oberst zu Gast, mit einer nüchternen aber überraschenden Analyse zur Situation in der Ukraine. Wie ist der wahre Stand?

<https://www.youtube.com/watch?v=1YueTeSv44M>

Mit dem Leopard 2 gegen die Russen? Gespräch mit ehemaligen Richtschützen auf dem Leo 2 A4

Die Kriegstreiber von den Grünen, der FDP, der CDU und auch aus der SPD übertreffen sich gegenseitig mit Forderungen nach der Lieferung des Leopard 2 in die Ukraine. Aber was würde das wirklich bringen? Und welche Schwierigkeiten sind zu erwarten? Ich spreche mit einem ehemaligen Richtschützen eines Leo 2 A4, also genau die Version, die gegen die Russen eingesetzt werden soll. Darüber hinaus ist mein Gesprächspartner generell sehr gut bei militärischen Themen informiert.

<https://www.youtube.com/watch?v=ujmiLGnJJTk>

Ukraine: Die Fakten, die keiner hören will

Marc Friedrich: Beim Thema Ukraine gibt es geteilte Meinungen und der Diskurs ist emotional aufgeladen. Bei N-TV war ein österreichischer Oberst zu Gast, mit einer nüchternen aber überraschenden Analyse zur Situation in der Ukraine. Wie ist der wahre Stand?

<https://www.youtube.com/watch?v=1YueTeSv44M>



Imperium USA: Die skrupellose Weltmacht *Daniele Ganser*

Viele betrachten die USA als die größte Gefahr für den Weltfrieden. Woran liegt das? Ein Buch über Hintergründe, Motive und Mittel der Weltmacht USA. Nach Ansicht vieler haben die USA den stärksten destabilisierenden Einfluss auf das Weltgeschehen und stellen somit die größte Bedrohung für den Weltfrieden dar (Allensbach 2019). Diese traurige Spitzenstellung hat sich die Weltmacht Nr. 1 nicht von ungefähr erworben. Keine andere Nation hat seit 1945 so viele andere Länder bombardiert und so viele Regierungen gestürzt wie die USA. Sie unterhalten die meisten Militärstützpunkte, exportieren die meisten Waffen und haben den höchsten Rüstungsetat der Welt.

<https://amzn.to/3Y13iol>



Illegale Kriege: Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren *Daniele Ganser*

Dieses Buch beschreibt, wie in Vergangenheit und Gegenwart illegale Kriege geführt werden. Es zeigt, wie die Regeln der UNO und vor allem das Kriegsverbot gezielt sabotiert wurden und welche unrühmliche Rolle hierbei die Länder der NATO spielen. Es ist ein Buch von beklemmender Aktualität.

<https://amzn.to/3juZGfv>

In meinen Rundbriefen fordere ich Dich auf auch die andere Seite zu hören, nicht nur auf das, was unsere Mainstreammedien täglich publizieren ... Der nächste Rundbrief kommt in ein paar Tagen!

Produkttempfehlungen sind Affiliate Links mit denen du mein Projekt unterstützt, indem ich im Falle eines Kaufes eine kleine Provision erhalte, und das ohne Mehrkosten für dich :-). Vielen Dank für deine Unterstützung.

Danke für Dein Interesse und Deine Zeit!

Johannes H.

[SCHNITTPUNKT:2012]

Alle Rundbriefe jetzt auf: <https://t.me/schnittpunkt2012>

Alle Rundbriefe jetzt auf: <https://survival-scout.at>

Du kannst diesen Rundbrief jederzeit abbestellen unter: schnittpunkt2012@gmail.com